

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1863

13.12.1863 (No. 293)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 13. Dezember.

N. 293.

Vorauszahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einschickungsgebühr: die gepaltene Petition oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1863.

Telegramme.

Dresden, 11. Dez. (W. R. V.) In der heutigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten brachte der Vizepräsident Demichien mit 43 Abgeordneten einen Antrag folgenden Inhalts ein: Indem die Kammer ihr tiefstes Bedauern und ihre gerechte Entrüstung über den in der letzten Bundesversammlung gefassten Beschluß ausdrückt und das Verhalten der sächsischen Regierung anerkennt, ersucht sie diese: mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß die beschlossenen Maßregeln zur vollständigen Besetzung Schleswigs und Holsteins ausgeführt werden, daß die Nichtanerkennung des Königs von Dänemark für die Herzogthümer ausgesprochen und mit der Anerkennung des nach agnatischen Erbfolge berechtigten Fürsten als Herzog von Schleswig-Holstein nicht länger gezögert werde.

Stettin, 12. Dez. Der „Ostsee-Ztg.“ zufolge kreuzen zwei dänische Schraubenschiffe vor Swinemünde.

Altona, 12. Dez. In Kopenhagen ist beschlossen worden, den Exekutionstruppen keinen Widerstand zu leisten. Man erwartet dort eine Verständigung mit den deutschen Großmächten.

Wien, 11. Dez. (N. Z.) In der heutigen Unterhausung kam das Kriegsbudget an die Reihe. Nach lebhafter Debatte wurde der Antrag der Ausschussmajorität: das Gesamterforderniß der vierzehnmönatlichen Budgetperiode mit 123 Millionen zu bewilligen, angenommen.

Bern, 12. Dez. Bundesrathswahl. Es wurden gewählt: Dubs (Präsident), Schenk (Vizepräsident), Fornerod, Knüsel, Frei-Herosé, Käf und Pioda.

Bombay, 29. Okt. (Ueber Suz.) (Sch. M.) Der Vizekönig von Indien, Lord Elgin, ist gestorben. Alle Bergkämme von Lahore (Pendjab) sind aufgestanden. General Chamberlain ist eingeschlossen und hat viele Offiziere verloren. Indessen schreibt er, er brauche keine Verstärkung; er zweifle nicht an dem schließlichen Erfolg. Chamberlain behauptet eine ausgezeichnete Stellung mit 13 Kanonen und hat Vorräthe und Munition im Ueberflus.

Neu-York, 2. Dez. (Sch. M.) General Grant (Tennessee) bezieht die Winterquartiere (ohne den Sieg über Bragg zu verfolgen?). General Meade war bis ins Minnerthal vorgedrungen, wo Lee in starker Stellung sich befand. Meade freite darauf, ohne einen Angriff zu unternehmen, nach Fredericksburg zurück. Ueber die Belagerung von Knorville weiß man nichts Gewisses. Das Gerücht vom Rückzug Longstreet's hat sich nicht bestätigt. — Gold 49 1/2, Wechsel auf London 162.

Neu-York, 2. Dez. (Sch. M.) Die Niederlage Longstreet's in Tennessee hat sich nicht bestätigt. (Eben so wenig scheint sich aber die inzwischen gerüchtweise gemeldete Gefangenennahme Burnside's durch Longstreet bestätigt zu haben.) — General Meade fand die Stellungen Lee's zu stark, ging wieder über den Rapidan zurück, und nahm Winterquartiere. — Guntker, der demokratische Kandidat, ist zum Bürgermeister von Neu-York erwählt.

Deutschland.

Frankfurt, 10. Dez. Das „Frei. Journ.“ glaubt mit Bestimmtheit mittheilen zu können, daß der Ausschlag der 17. Kurie für den Antrag Oesterreichs und Preußens auf Exekution ausführung nicht in der Weise zu Stande gekommen ist, daß etwa zwei Kommitteenten (Lübeck und Hamburg) dafür, zwei (Frankfurt und Bremen) dagegen gewesen und so das stimmführende Lübeck den Entscheid gegeben hätte, sondern daß vornherein drei Kommitteenten (Lübeck, Frankfurt und Bremen) für jenen Antrag sich ausgesprochen haben. Das gestern Abend versammelt gewesene hiesige Schleswig-Holstein-Komitee hat durch Stimmenmehrheit beschlossen, die auf nächsten Sonntag in Aussicht genommene Volksversammlung vorerst nicht abzuhalten.

Frankfurt, 11. Dez. Man schreibt der „Rdn. Ztg.“: Im holländischen Ausschusse sind nun die Anträge in Betreff der Erbfolgefrage zu begutachten. Berichterstatter ist Hr. v. d. Pfordten, von dem man jedenfalls eine gründliche Arbeit zu erwarten haben. Bis wann? darüber enthalten wir uns jeder Vermuthung; die Gründe liegen nahe.

Seit gestern verlautet, Hr. v. Münchhausen sei das übertragene Zivillomissariat bei den Exekutionstruppen von Hannover wieder abgenommen worden, weil er auf die Erfüllung gewisser Bedingungen gebrungen habe, die seiner Regierung nicht gefielen. Nach den bekannten Gesinnungen des ehemaligen Ministers darf man wohl glauben, daß diese Bedingungen in nationalem Sinne gelautet haben.

München, 9. Dez. (Münch. Corr.) Wie man vernimmt, hatte Se. Maj. der Königin die Absicht, auf der Rückreise aus Italien Wien zu berühren und einen kurzen Aufenthalt daselbst zu nehmen; indessen ist noch nicht bestimmt, ob diese

selbe zur Ausführung kommt, wie denn auch noch völlig ungewiß ist, an welchem Tage Se. Majestät hier eintrifft.

Koburg, 10. Dez. (Kob. Ztg.) Die hiesige Bank hat den Umsatz der Schuldseine für die schon erwähnte Anleihe des Schleswig-Holsteinischen Ministeriums übernommen. Auch Frankfurt wird ein Hauptdepot derselben übernehmen.

Gotha, 10. Dez. (Frei. Bl.) Heute ist hier folgende Proklamation erschienen:

Schleswig-Holsteiner! Das Werk der Befreiung hat begonnen. Eine Reihe deutscher Regierungen hat mein klares Recht anerkannt. Der Vertreter des Königs von Dänemark sitzt nicht mehr in der deutschen Bundesversammlung. In wenigen Tagen werden deutsche Bundesstruppen sich in Bewegung setzen und das Bundesgebiet schützen. Ihr aber habt die alte Holsentreu bewahrt. Ungebeugt durch eine lange Willkürherrschaft, unter dem Druck der dänischen Vajonnette habt Ihr Euch für Euren rechtmäßigen Herzog erklärt. Die Guldigungen, die täglich aus dem offizierten Lande an mich gelangen, zeigen, wo Euer Wille steht. Eure eingebornen Beamten haben, indem sie fast ausnahmslos einem unberechtigten Fürsten den Eid verweigerten, ein Beispiel mutiger und opferbereiter Pflichttreue gegeben. Nur wenige haben für einen Augenblick von der thätlich bestehenden Gewalt sich überlassen lassen. Noch ist das Ziel nicht erreicht. Noch stehen große Anstrengungen und Opfer uns bevor. Aber auf unserer Seite steht das Recht. Niemand behauptet, daß jetzt ein König von Dänemark kraft eines Erbfolge-Rechts über die Herzogthümer herrschen würde. Der König von Dänemark selbst gründet seinen Anspruch nur auf einen Traktat, durch den sein altes Recht vernichtet und kein neues geschaffen werden konnte. In meiner Person vereinigt sich das Recht der Legitimität und die alte Befreiung des Landes mit den nationalen Forderungen und den Geboten der Menschlichkeit. Ihr selbst habt wiederholt durch Eure Vertreter nach gewissenhafter Erwägung das Recht des Landes und meines Hauses ausgesprochen.

Schleswig-Holsteiner! Ihr werdet die bundesverwandten Truppen, welche Euren Boden betreten, als Freunde und Befreier empfangen. Aber es ist unsere Pflicht, vor Allem selbst die Befreiung unseres Landes zu übernehmen. Ich hoffe, geführt auf bundesfreundliche Hilfe, die Neubildung der schleswig-holsteinischen Armee bald beginnen zu können. Dann wird die Jugend unseres Landes herbeizeln und auf's Neue die Aufgaben der Manneszucht und der Tapferkeit bewahren. Wenn das Werk vollbracht und der Friede in Gute gegangenen Tagen zurückkehrt ist, so werden unter dem Schutze des Staatsgrundgesetzes Fürst und Volk durch Liebe und Vertrauen für alle Zeiten verbunden sein. Statt eines Herdes der Vernichtung wird Schleswig-Holstein dann für Deutschland und Europa eine Gewähr des Friedens und der Ordnung bieten. Seid einig und entschlossen. Gott der Herr wird unsere gerechte Sache zum Siege führen. Gotha, am 10. Dez. 1863.

Friedrich, Herzog von Schleswig-Holstein.

Hannover, 10. Dez. Bei der gestern abgehaltenen Parade richtete der König folgende Worte an die marschbereiten Truppen:

Meine H. Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften! Ich konnte die mobilen Bataillone der Garnison nicht aus derselben marschiren lassen, ohne mit die Freunde bereit zu haben, sie noch einmal zu mustern, um zunächst den Mannschaften meinen Dank auszusprechen für die Schnelligkeit, für die stillige Pflichterfüllung, für die augenscheinliche Pflichttreue und Pünktlichkeit, mit welcher sie, nach der erhaltenen Ordre, sich bei ihren Fahnen eingestellt, und so dann Allen in'sgesammt meine Anerkennung für den herrlichen Geist zu bezeugen, der Euch Alle befeuert. Ich weiß mit Zuversicht, daß Ihr Alle, jeder nach seinem Rang und seinem Standpunkt sich durch die Innehaltung strengster Manneszucht auszeichnen wird, wie es der hannoversche Soldat stets gethan, und wodurch er jedem Andern als Beispiel vorangeht. Sollte Gott es beschicken haben, Euch in den Kampf zu rufen, so weiß ich, daß Ihr unter seinem gnädigen Beistand Euch bewähren werdet, bewähren wie Eure Väter, wodurch — Gott sei es gepriesen — der hannoversche Krieger Ruhm ein so glänzendes und glorreiches geworden ist. Ich und jedes Glied meiner königl. Familie werden Euch mit unsern innigsten Wünschen und besten Gebeten stets nahe sein, und somit rufe ich Euch zu aus vollem Herzen: Gott und Segen!

Die „Ztg. für Nordd.“ widerlegt das von der „National-Ztg.“ gebrachte Gerücht, daß zwischen unserm und dem dänischen Königshaus eine doppelte Familienverbindung beabsichtigt werde, mit den Worten:

Unter den gegenwärtigen Umständen, wo ein Bundeskrieg mit Dänemark nicht außer dem Gesichtskreise liegt, wo dem dänischen Königshaus hoffentlich die usurpirten Herzogthümer sollen entzogen werden — können wir diese Nachricht nur zu denjenigen zählen, welche von der auswärtigen Presse behufs Verdächtigung gegen Hannover erfunden und verbreitet worden.

Hannover, 10. Dez. (Fr. Z.) Unsere Truppen sind heute Morgen um 9 Uhr unter dem Geleit einer großen Menschenmenge nach Holstein abmarschirt. Seit vorgestern sind zwei sächsisch Bevollmächtigte zur Benennung mit dem diesseitigen General-Kriegskommissariat hier gegenwärtig. Der Kommandeur unserer Exekutionstruppen, Generalleutnant Gebler, und der Generalmajor v. d. Kneisebeck haben sich heute Morgen mit dem Armeebriegerstab nach Harburg begeben. Major Wrbek ist zum Chef der mitgehenden Artillerie ernannt. Am 16. d. M. wird die hannoversche Armee an der Elbe konzentriert sein. — In der Vorhinde stellte Nicol einen Antrag auf Abschaffung der Patronate, der indes, nach-

dem sich Prof. Hermann, Ruppstein dagegen, v. Bennigsen, Ellissen dafür erklärt hatten, abgelehnt wurde.

Oldenburg, 9. Nov. (Wes.-Ztg.) Heute ward der Landtag des Großherzogthums vom Minister v. Rössing mit einer Rede eröffnet, der wir folgendes entnehmen:

... Die Regierung nimmt Theil an den Verhandlungen, welche über die Fortsetzung des Zollvereins zwischen den Vereinderegierungen eröffnet sind. Sie hofft, daß es gelingen werde, auf dem Boden einer wesentlichen Tarifverbesserung und unter Erleichterung der Verkehrsbeziehungen nach außen jenes Band zu erhalten, welches so lange schon und so eng die materiellen Interessen des größten Theils von Deutschland umschlossen hat. Die bevorstehende Entscheidung über das Schicksal der Herzogthümer Schleswig-Holstein und Lauenburg bewegt und erfüllt alle Gemüther. Jetzt oder nie ist der Augenblick gekommen, um die Rechte dieser Herzogthümer auf eine agnatische Erbfolge und demgemäß auf eine Aufhebung ihrer bisherigen Verbindung mit dem Königreich Dänemark zur unverkürzten Geltung zu bringen. Se. Königl. Hoh. unser Großherzog, werden — daß seien Sie versichert — nach wie vor in dieser Richtung für die Interessen der Herzogthümer sowohl, als des gesammten deutschen Vaterlandes mit Kraft und Nachdruck eintreten. Unbeirrt von allen Schwankungen, welche jetzt oder später vielleicht den Erfolg einer großen und heiligen Sache vorübergehend in Frage stellen, halten Se. Königl. Hoh. fest an der Hoffnung auf ein endliches Gelingen. Höchstfreuen sich, in einer bedeutungsvollen und eruchten Zeit die Vertreter des Landes versammelt zu wissen, und sind der Ueberzeugung, daß, wenn der hohe Zweck jene Opfer fordert, welche in den verschiedensten Kreisen der deutschen Nation so oft gelobt sind, auf Ihre bereitwillige Zustimmung zu rechnen ist.

Bremen, 9. Dez. In der heutigen Sitzung der Bürgerschaft gestellte Interpellationen wegen der Abstimmung Bremens in der Bundestags-Sitzung vom 7. Dez. wurden nicht in die Tagesordnung aufgenommen und also abgelehnt.

Hamburg, 9. Dez. Abends. Dem „Wanderer“ wird telegraphirt: Lord Bodehouse und der russische Staatsrath v. Ewers sind in Kopenhagen eingetroffen. Beide rathen offiziell zur Zurücknahme der Gesamtverfassung, eventuell der Bundesexekution keinen Widerstand entgegenzusetzen. In Folge dessen große Krise. Hall wird von der Königin und dem französischen Gesandten Dotzég unterstützt.

Hamburg, 9. Dez. Man bereitet hier und in der Umgegend Quartiere für 40,000 Mann preussische und österreichische Truppen, die in acht Tagen antommen sollen.

Hamburg, 9. Dez. Man schreibt der „Nat.-Ztg.“: Die „Hamburg. Nachr.“ meldeten gestern, daß Ritter- und Landschaft des Herzogthums Lauenburg die Beglückwünschung des neuen Dänenkönigs und folglich die Gutbeißung des Londoner Protokolls beschlossen hätten. Jene Meldung ist erfreulicher Weise zu berichtigen, indem die entgeltliche Erledigung der Anerkennungsfrage bis zu einem von dem Landmarschall v. Bülow beliebigen zweiten Zusammentritt der Ritter- und Landschaft ausgesetzt worden ist. Graf Bernstorff bewirkte diese Wänderung; seine Idee geht darauf hinaus, daß, falls die Beglückwünschung Königs Christian sich als unvermeidlich erweisen sollte, alsdann gleichzeitig bei dem Bundestag bis zur Erledigung der Erbfolgefrage ein Interimistitut zu beantragen wäre.

Hamburg, 10. Dez. (H. N.) Zu Ende dieser Woche sind Bundeskommissäre hier angemeldet, welche mit dem Senat wegen Unterbringung und Verpflegung der hier einquartierenden Bundesstruppen verhandeln werden. — Gestern sind über 80 Schleswiger und Holsteiner, Beamte, Advokaten, Kaufleute, Studenten etc., hierher gekommen, welche die Heimath verlassen haben, weil sie sich mit der Aufhebung bedroht glaubten.

Hamburg, 11. Dez. (Südd. Ztg.) Die Bürgerschaft beschloß eben einstimmig, dem Senat zu erklären, er möge einstehen für Schleswig-Holsteins Unabhängigkeit, Zusammengehörigkeit und gesetzliche Erbfolge. Schleiden, Biewie, Becker, Martens, Halben, besonders Ab. Godefroy sprachen mit großer Wärme dafür, Niemand dagegen. Präsident Wolfson sprach am Schluß, Deutschland möchte einsehen, daß Hamburg keine Opfer scheut für des Vaterlandes Ehre und die Rechte der Herzogthümer.

Altona, 9. Dez. (Nat.-Ztg.) Die Truppenverbände aus dem Norden haben auch in den letzten Tagen noch fortgedauert. Die Zahl der in Holstein jetzt garnisonirenden dänischen Soldaten läßt sich mit Sicherheit nicht abschätzen, doch glaubt man in unterrichteten Kreisen, daß die Gesamtzahl sich wohl auf 16- bis 20,000 Mann belaufen dürfte. In Dänemark sind jetzt die Altersklassen bis 1854 einberufen worden, so daß jetzt die Armee nicht bloß auf Kriegsfuß gebracht ist, sondern auch im Fall einer größeren Niederlage sehr wenig aus Dänemark nachzusenden bleiben wird. Was die holsteinischen Bataillone betrifft, so werden sie auf den dänischen Inseln festgehalten, und man hat neuerdings in diese Bataillone eine größere Anzahl dänischer Mannschaften eingeschoben.

Altona, 10. Dez. (Fr. P.-Ztg.) Abgesehen von den Thatfachen, daß die Offiziers- und Soldatenfamilien bereits abgezogen sind oder sich doch zum Abzuge rüsten, deutet nichts darauf hin, daß die Dänen die Herzogthümer Holstein und

Lauenburg freiwillig räumen werden. Die Befestigungsarbeiten zu Neumünster werden fortgesetzt und den Brückenkopf, den die Dänen auf holsteinischem Gebiete errichtet haben, werden sie jedenfalls behaupten wollen. Dagegen ist Rendsburg als Festung wohl kaum mehr verteidigungsfähig. Die hiesige Besatzung ist um ein Bataillon des 9. Infanterieregiments (bekanntlich sind die bisherigen Infanteriebataillone der dänischen Armee seit dem 1. Dezember in Infanterieregimenter zu je 2 Bataillonen formirt) vermindert worden. Dasselbe ist heute nach Olbesloe abmarschirt, und wird von da dem Vernehmen nach in das Lauenburgische entsandt werden. Dagegen ist heute der Stab des 6. Dragonerregiments aus Iphoe hier angelangt, und wie man hört, wird das ganze aus 5 Schwadronen bestehende Regiment hier konzentriert werden. Von dem 1. Infanterieregiment, welches in Rendsburg steht, sollte gleichfalls ein Bataillon nach dem Herzogthum Lauenburg abgehen; man scheint dem dort stehenden (holstein-lauenburgischen) 14. Regiment nicht zu trauen. Auch unter den schleswig'schen Bataillonen sollen schleswig-holsteinische Kundgebungen nicht selten sein.

Die Dänen sorgen dafür, daß die demnächst zu erwartende Bundesexekutions-Behörde die Kasernen hier zu Lande leer finden wird. Von der holsteinischen Zentralkasse zu Rendsburg gehen fast täglich Sendungen nach Norden.

Hier ist heute folgende Proklamation vertheilt worden:
Atonaer! Im Verlauf der nächsten Woche werden die deutschen Truppen bei uns einrücken. Sie kommen, uns zu helfen, uns von dem Joch zu befreien, welches lange auf uns gelastet. Unsere Stadt werden sie zuerst betreten. So laßt uns denn ihnen entgegenkommen mit vollem freudigem Herzen. Laßt uns den Tag ihres Einzugs feiern als den anbrechenden Morgen der Freiheit; laßt unsere Häuser prangen im festlichen Schmucke, daß die deutschen Brüder sehen, wie willkommen sie uns sind, daß sie zugleich auch erkennen, welche Hoffnungen wir auf sie setzen, damit ihre Begeisterung sich mehr für die heilige Sache unseres Vaterlandes. Am Abend aber strahlen unsere Fenster im Glanze unzähliger Kerzen. Möge Keiner sich ausschließen, mögen Alle einig sein, den festlichen Tag würdig zu begehen.

Berlin, 11. Dez. (W. J.-B.) Im „Staatsanzeiger“ fordert unterm Geßtrigen das Oberkommando der Marine alle Marinereisernen, ausgenommen die Seebataillone und die Seeartillerie, wie alle Seebienstpflichtigen, beide bis zum 27. Lebensjahre, auf, sich beim nächsten Landwehrbataillon sofort zu melden.

Danzig, 8. Dez. (Nat.-Ztg.) Die Korvette „Arcona“ geht heute auf die Rade hinaus. Die Festung Weichselmünde wird verstärkt, und die Strandbatterien werden durch eine Festungs-Artilleriekompanie armirt. In Stralsund wird die Dampf-Kanonboot-Flottille seeflar gemacht.

Wien, 10. Dez. (A. Z.) Was die gestrige „General-Korrespondenz“ nur zwischen den Zeilen lesen ließ, ist dahin zu ergänzen: daß hier bereits die positive Meldung eingegangen ist, daß die dänischen Truppen Befehl haben, bei dem Einrücken des Exekutionskorps sich ohne Widerstand auf schleswig'sches Gebiet zurückzuziehen.

Prag, 10. Dez. (Presse.) Das 18. Jägerbataillon ist mittelst Separatzuges nach Theresienstadt, dem Sammelpunkte der Brigaden, abgegangen. Am 15. d. M. erfolgt der Ausmarsch des gesamten Korps nach Holstein.

Frankreich.

Paris, 11. Dez. Heute veröffentlicht der „Moniteur“ das Antwortschreiben des Königs von Griechenland. — Der dänisch-deutsche Konflikt beunruhigt nun alles Ernstes Diplomaten und Finanzmänner. Von hier aus ist General Fleury, Adjutant des Kaisers, nach Kopenhagen abgegangen, um Christian IX. zur Thronbesteigung Glück zu wünschen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der General gleichzeitig mit einer Mission in Betreff der Frage der Herzogthümer beauftragt ist; doch weiß man über seine Weisungen nichts. — Marschall Forey ist zu St. Nazaire angekommen. — Rente 67,20, Cred. Mob. 1045.

Badischer Landtag.

† Karlsruhe, 10. Dez. 2. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des durchlauchtigsten Präsidenten, Sr. Großherzogliche Hoheit des Prinzen Wilhelm von Baden.

Regierungskommissäre: Die Hh. Staatsminister Dr. Stabel, Staatsrath Dr. Lamey, Staatsrath Dr. Vogelmann, Frhr. v. Roggenbach, Ministerialrath Regener. (Fortsetzung.)

Hofrath Dr. Schmidt: In einer so wichtigen Frage müsse allerdings einem jeden Mitgliede des hohen Hauses das Recht einer eigenen Meinung, sowie die Befugniß zustehen, dieselbe auszusprechen. Die ehrfurchtsvolle Kundgebung des von dem Hrn. Vorredner ausgeprochenen Dissens in der Dankadresse werde in dem Schweigen derselben gegenüber dem betreffenden Passus der Thronrede zu bestehen haben.

Redner selbst freilich steht auf dem entgegengesetzten Standpunkt, nämlich auf dem der lebendigsten Billigung, und nur die wärmsten Worte könnten diesem Standpunkt Ausdruck verleihen, viel wärmere, als die des Adressentwurfs, der lediglich deshalb sich weniger bestimmter Ausdrücke bedient habe, weil man geglaubt, auch auf die Dissidenten Rücksicht nehmen zu sollen.

Wenn ein Hr. Vorredner in Abrede stelle, daß die Stellung Badens bei dem Kongress eine vermittelnde gewesen, so sei die in dieser Beziehung ganz unabweisende Mittheilung der Thronrede für diese vermittelnde Stellung Badens ein keinen Zweifel zulassender, vollgiltiger Beweis.

Wenn derselbe Hr. Vorredner die Majorität des Landes auf der andern Seite suche, so gibt Redner allerdings zu, daß Adressen, die ungerügt aus dem Lande herinkamen, keinen vollen Beweis zu liefern im Stande seien. Dagegen finde die Meinung des Landes ihren gesetzlichen Ausdruck in der Zustimmung der Kammer. Sobald diese erfolgt sei, habe Niemand das Recht, zu behaupten, daß die große Majorität des Landes auf der andern Seite stehe.

In der Sache selbst seien es zwei höchste Güter, wornach die Nation strebe: Macht nach außen — freiheitliche Organisation im Innern. Redner stellt im gegenwärtigen Zeitpunkt das erste Ziel hoch über

das letztere. Denn die Erreichung des letztern stehe der Nation in sicherer Aussicht und sei lediglich die Frage der Zeit; wenn dagegen Deutschland nicht bald eine Großmachtsstellung ersten Ranges sich erwerbe, so sei die Existenz der deutschen Nation gefährdet.

Dieser Standpunkt des Redners sei in Bezug auf Beurtheilung der Reformate der derselben günstigste. (Denn daß dieselbe in Bezug auf freiheitliche Organisation auch bescheidenen Ansprüchen nicht genüge, darüber schein mir ziemlich einig zu sein.)

Aber gerade von diesem Standpunkt aus erweise sich der Reformversuch als völlig unzureichend.

Das erste Bedingniß für ein wahrhaft starkes, nach außenhin Ehrfurcht gebietendes Deutschland sei die Vereinigung der gesammten Militärmacht in einer Hand; wo diese sich befinde, da befinde sich von selber die Leitung der auswärtigen Politik. Der Grund der relativen Ohnmacht Deutschlands liege in dem gleichzeitigen Bestehen zweier europäischer Großmächte im Bund: dieser Umstand mache jene Vorbedingung der Macht, die Freiheit derselben derzeit unmöglich. Zwei Wege gebe es, welche zum Ziele führen würden. Der eine bestehe in der Degradirung der einen der beiden Großmächte zu einer Macht zweiten Ranges, der andere bestehe in der Bannung der zwei Großmächte umschließenden Bundes. Nach des Redners Ueberzeugung ist der zweite Weg der einzig richtige. Thatsächlich bestehe ja doch in eigentlich kritischen Fällen kein Bund; denn in keiner großen Frage lasse eine der deutschen Großmächte durch den Bund sich majorisiren. Auch können in Wahrheit beide nicht immer miteinander gehen; denn sie hätten keineswegs immer dieselben Interessen. Oesterreich, nur zu einem Bruchtheil deutscher Staat, könne seiner Natur nach keine rein deutsche Politik treiben; und wenn es das wollte, so wäre dies ein politischer Fehler. Die Lage Preußens sei gerade umgekehrt; Preußen sei ein rein deutscher Staat; wenn es keine rein deutsche Politik treibe, so bestehe es einen politischen Fehler.

Die Bannung des Bundesbundes sei ferner vollkommen thöricht. Oesterreich habe bereits die reale Basis einer Großmacht, sowohl an Gebiet wie an Einwohnerzahl; ihm fehle nichts, als die innere Organisation seiner Elemente, und die werde es um so eher erhalten, wenn es ein starkes verlässliches Deutschland neben sich habe; Preußen sei eine künstliche Großmacht, dem Gebiete wie der Bevölkerung nach; dem entspreche auch seine Politik, der das volle Bewußtsein einer Großmacht fehle. Es müsse daher stärker werden oder es werde schwächer; letzteres aber wäre eine deutsche Kalamität, denn das könne nur zum Nachtheil von ganz Deutschland eintreten. Die natürliche Machtvertheilung dieser künstlichen Großmacht liege in dem Ansehen des übrigen, nicht österreichischen Deutschlands; und gerade wenn ein solcher erfolge, werde die moralische Macht der sich anschließenden Theile so groß sein, daß das sog. spezifische Preußenthum völlig verschwinde.

Aber dieser für alle Theile vortheilhafte, in friedlicher Weise ausführbare Weg sei nicht der der Reformate. Sie schlage vielmehr den an erster Stelle genannten ein; denn sie beruhe auf dem Plan, die eine der beiden Großmächte der andern unterzuordnen. Redner dankt es in höchstem Maße der politischen Weisheit der groß. Staatsregierung, daß sie sofort in der Einigung und Vereinbarung der beiden Großmächte das einzige Mittel zum Zweck erkannt habe. Denn die Durchführung eines Reformplanes wider den erklärten Willen einer deutschen Großmacht würde stets an dem Widerstand derselben scheitern, und schließlich nur zu einer gefährlichen Schwächung Deutschlands führen können.

Graf v. Kagenel theilt die Ansicht des Frhr. v. Stöpingen. Der Vorrede bestimmen diese für ihn; seine deutsche Politik ausgeben. Als die Reformate geboten worden, hätten viele Stimmen, selbst aus dem demokratischen Lager, sie als etwas Annehmbares begrüßt. Ueber die eigentlichen Verhandlungen des Zerstügens sei doch zu wenig bekannt geworden. Erst als die Negation Badens bekannt geworden und die Presse angefangen habe, gegen die Reformate zu agitiren, seien jene Stimmen nach und nach verstummt — wohl kaum aus Ueberzeugung. Die großdeutschen Ideen lebten aber doch fort, und es werde eine Zeit kommen, da wir vielleicht reuig ein peccavi sagen müßten.

Derselbe Kellen hatte s. Z. das Reformprojekt mit Freuden begrüßt, dessen sofortige Annahme durch sämmtliche Regierungen seines Vaterlandes eine wahre Wohlthat für Deutschland gewesen wäre.

Trotz mancher Mängel, die dieser Verfassungsentwurf gegenüber den Verfassungen unitarischer Staaten darbiete, habe er doch dem Redner der föderativen Gestaltung des Deutschen Bundes ganz besonders angepaßt erschienen. Das Scheitern dieses Projektes habe er daher für einen wahren Mißstand gehalten und theilte heute noch diese Ueberzeugung.

Gescheitert sei aber dasselbe von dem Augenblick an gewesen, als Preußen seinen Beitritt verweigerte. Die Annahme des Reformprojektes ohne die Zustimmung jenes Großstaates hätte nothgedrungen zum Sonderbund geführt, den Redner geradezu als ein nationales Unglück betrachten müßte. Jede Konstituierung einer Verfassung für Deutschland müsse sämmtliche Stämme umfassen, wenn die deutsche Nation anders ihren kulturhistorischen Beruf erfüllen und im Verlauf der Zeiten nicht vom historischen Schauplatz zurücktreten solle.

Die erste Bedingung zur Erfüllung dieses Berufes liege aber in der Behauptung der nationalen Unabhängigkeit und in der Sicherheit ihrer politischen Existenz, die mehr als bei irgend einem der Völker Europa's gefährdet erscheine.

Schon die geographische Lage trete erschwerend entgegen. Während England z. B. durch seine insulare Lage und die Flotte gegen eine Invasion seinen Schutz finde, so habe Frankreich und Rußland gegen den Kontinent hin eigentlich nur eine Angriffsfront; Deutschland dagegen habe nicht weniger als drei und seine vierte Seite, die Nordküste, sei bei dem Mangel an maritimen Streitkräften so gut als wehrlos.

Das Zusammenhalten aller seiner Stämme sei darum Grundbedingung für seine Existenz, eine Spaltung führe früher oder später zum Verderben.

Die Thronrede betone ausdrücklich die Einigung der gesammten Deutschlands, vorzüglich aber das erforderliche Einverständnis der beiden Großstaaten, und wenn die groß. Regierung durch ihre Haltung wirklich einen Sonderbund verhindert haben sollte, so sei der dem Gesamtverband dadurch geleistete Dienst ein eminenten.

Redner stimmt von ganzem Herzen der projektirten Fassung bei.

Frhr. v. Fürstheim: Wenn die Adresse die von Hrn. Hofrath Schmidt ausgeprochene Ansicht ausstellen wolle, müsse er gegen dieselbe stimmen. Sollte aber nicht die ganze klein-deutsche Politik darin vortragen werden, so kann Redner derselben zustimmen, ohne inkonsequent zu sein.

Hofrath Dr. Schmidt: Seine politische Ansicht wolle durchaus nicht in der Adresse niedergelegt werden. Dessen Fassung sei vielmehr

absichtlich so gewählt worden, daß jedes Mitglied zustimmen könne, ohne seinem politischen Glaubensbekenntniß zu nahe zu treten.

Ministerialrath Dr. Solly: Die Abstimmung der Herren, welche gegen die Adresse sich erklärten, schein auf einem Mißverständnis zu beruhen. Sie erklärten im Widerspruch mit den Worten der Thronrede und mit offenkundigen Thatsachen, daß Baden sich gegen das Reformprojekt rein negativ verhalten habe. Das Gegentheil sei, so unvollständig auch bis jetzt die Verhandlungen des Kongresses veröffentlicht seien, vollkommen klar. Gerade in der selbstverläugnenden Hingebung, einen in seinen Grundzügen nicht gebilligten Plan doch möglichst zu verbessern, liege der Ruhm Sr. Königl. Hoheit und der Grund der Dankbarkeit des Volks.

Die Schlussklärung des Großherzogs, die weit über die Grenzen des Vaterlandes hinaus Anerkennung gefunden, sei bekannt und genüge, um den Vorwurf bloßer Negation zurückzuweisen; sie halte nicht lediglich und ausschließlich das klein-deutsche Programm fest. Mit der Erklärung, seine eigene Ueberzeugung zum Opfer bringen zu wollen, trete der Großherzog dem Reformprojekt entgegen. Baden allein mache Vorschläge, wie man die Reformate annehmbar machen könne.

Der Gegenpartei aber entgegenkommende Schritte thun, heiße doch vermitteln; zur Ausfühbarkeit der Reformate gehörte zunächst eine Aenderung ihres Inhaltes in der Richtung, sie für Preußen annehmbar zu machen. Denn der Versuch, die unveränderte Reformate Preußen oktroyiren zu wollen, wäre nichts Anderes, als das Signal zum Bürgerkrieg gewesen.

Dann seien Aenderungen nöthig gewesen gegenüber dem Volke und dessen Bedenken gegen die neue Verfassung. Ohne auf die Einzelheiten einzugehen, die jetzt kein Interesse mehr böten, sei doch unabweislich auch in dieser Richtung die Reformate, wie selbst von so großdeutscher Seite anerkannt werde, wesentlicher Verbesserungen bedürftig gewesen. Man dürfe demjenigen nicht den Vorwurf bloßer Negation machen, der eine fremde, von ihm im Prinzip nicht gebilligte Arbeit zwar nicht ohne Weiteres annehme, aber in allen Einzelheiten die Verbesserungen bezeichne, die sie annehmbar machen würden. Gerade dadurch habe der Großherzog den höchsten Dank verdient, daß er ohne Festhalten an Parteiansehen bemüht gewesen sei, das dargebotene Verfassungswerk ausführbar und heilsam zu machen.

Redner hätte der Adresse daher eher noch wärmere Ausdrücke gewünscht und wird derselben vollkommen beistimmen.

Frhr. v. Stöpingen verwahrt sich dagegen, daß die Person des Regenten in die Debatte herangezogen werde. Die Debatte müsse hierdurch befangen werden. (Fortsetzung folgt.)

† Karlsruhe, 12. Dez. 6. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer, unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. Von Seiten der Regierung anwesend: Der Präsident des Ministeriums der Justiz, Staatsminister Dr. Stabel, der Präsident des Ministeriums des Innern, Staatsrath Dr. Lamey, der Präsident des Ministeriums des groß. Hauses sowie des Auswärtigen, Frhr. v. Roggenbach.

Nach Eröffnung der Sitzung zeigt das Sekretariat folgende Petitionen an:

- 1) Bitte der Gemeinde Lohrbach, Amts Mosbach, den Bau einer Straße durch den Obenwald betr. übergeben vom Abg. Schaaf.
- 2) Mehrere Schleswig-Holstein betreffende Eingaben, nämlich vieler Einwohner von Donauersingen, worin sie ihre Divergenz erklären, einer großen Anzahl Bürger von Redarbischofsheim, vieler Einwohner von Stöckach (übergeben vom Abg. Schwarzmann), vieler Bürger und Einwohner von Furtwangen (übergeben vom Abg. Gerwig).

Die Tagesordnung führt zur Beratung der Dankadresse auf die Thronrede. Berichterstatter Häusser verliest zunächst von der Tribüne aus den Entwurf. Er lautet:

Durchlauchtigster Großherzog,
Gnädigster Fürst und Herr!

Im Namen Ihres treu ergebenen Volkes nahen wir uns dem Throne, um die huldvollen Worte in Ehrfurcht zu erwidern, womit Ew. Königl. Hoheit die Vertreter des Landes begrüßt haben. Der Ernst der Lage, in welcher wir zusammenkommen, gibt diesem Augenblick eine höhere Weihe; die heiligen Bande, welche Badens Fürst und Volk in Eintracht und Liebe verbinden, erweisen sich besonders lebendig in so bedeutungsvoller Stunde.

Erst wenige Monate sind verfloßen, seit Ew. Königl. Hoheit sich neuen Ansprüchen auf den unvergänglichen Dank Ihres Volkes erworben haben. Der Einladung eines der mächtigsten Bundesfürsten, in persönlicher Bepfugung die Reform der deutschen Verfassung zu beraten, sind Ew. Königl. Hoheit zu unserer Freude ungestümt gefolgt und haben sich bereit gezeigt, einer allseitigen Uebereinstimmung gegenüber auch abweichende Ansichten zu opfern. Dar durch neben der Einmüthigkeit der deutschen Fürsten und Staaten eine thatsächliche, nicht bloß scheinbare Förderung deutscher Macht und Einheit zu erreichen und zugleich den schon erworbenen verfassungsmäßigen Rechten aller eine festere Gewähr zu schaffen, so lag in solch einem Erfolge genügender Lohn, auch für die Entsagung auf das Bessere und Vollkommene.

Ew. Königl. Hoheit haben aber keine dieser Bedingungen erfüllt gesehen und darum mit vollem Rechte den Beschluß, der in Frankfurt versammelten Fürsten Ihre Zustimmung verweigert. Ihre Anträge, der Einheit wie der Freiheit Deutschlands genüendere Garantien zu schaffen, sind nicht durchgedungen; was an Veränderungen beibehalten wurde, war mehr dazu angethan, Bedenken zu erwecken, als solche zu beschwichtigen. Wenn wir dies um Deutschlands willen beklagen, fühlen wir uns zugleich gebrungen, in den freudigen Dank von Herzen einzustimmen, den das badische Volk bereits vor uns aus eigenem Antrieb Ew. Königl. Hoheit dargebracht hat. Das erhebende Beispiel eines hochherzigen Fürsten, der durch alle Schwierigkeiten unbeirrt in selbstloser Hingebung das gute Recht der Nation vertreten hat, wird in Baden wie in Deutschland unvergessen bleiben.

Möge die allseitige Einsicht von der Nothwendigkeit einer nationalen Reform, die den Fürstentag in's Leben rief, bald zu fruchtbareren Thaten reifen; gerne werden wir die Hand bieten zu jeder Lösung, welche die verfassungsmäßigen Rechte der Einzelnen beschützt und die Einheit und die Macht des Ganzen auf volksthümlichen Grundlagen fesselt.

Eine ernste Prüfung der jüngst von allen Seiten, namentlich auch von den Regierungen, vielfach angerathenen vaterländischen Bestimmung steht uns bevor in der heiligen Pflicht, die Schleswig-Holstein dem gesammten deutschen Volk anvertraut. Das unnatürliche Band, das die Herzogthümer an Dänemark geknüpft, ist rechtlich durch den Tod gelöst; sie gehören sich selbst und Deutschland wieder an. So will es nicht allein das seit Jahr-

hundertten verbriefte Recht des Landes und die nationale Selbstständigkeit eines edlen deutschen Stammes, so will es vor Allem auch die Sicherheit und die Ehre unseres großen Vaterlandes. Keine fremde Macht und kein fremdes Interesse vermögen davon etwas abzubrechen und jenem Stamme eine Erbfolgeordnung einseitig aufzubringen, deren Willkür das heiligste Recht der Selbstbestimmung deutscher Länder vernichten würde.

Von Dank und Freude tief bewegt, hat das badische Volk vernommen, wie Ew. Königliche Hoheit auch hier ungeduldet für Deutschland eingetreten sind und fernerehin eintreten wollen für eine Angelegenheit, durch deren Ausgang das Schicksal unserer Nation auf lange hin bestimmt werden wird.

Wohl verkennen wir die Schwierigkeiten nicht, die vor Allem aus den deutschen Verhältnissen selbst entspringen; aber wir bauen auf die Gerechtigkeit einer Sache, die in Aller Herzen lebt und alle Gewissen bewegt; wir bauen auf die siegreiche Macht der seltenen Einmütigkeit, die alle Stämme und alle Parteien Deutschlands zu einem Gedanken vereinigt; wir geben auch jetzt, nach den beklagenswerthen jüngsten Vorgängen, die Hoffnung nicht auf, es werde bei den deutschen Fürsten und Regierungen die Einsicht durchdringen, daß hier eine gleiche Gefahr besteht für die Throne, wie für die Völker.

Was immer die Zukunft an Pflichten und Sorgen bringen mag, das badische Volk wird standhaft und treu zu Ew. Königlichen Hoheit stehen, und sein Opfer wird ihm zu schwer sein, wenn es gilt, durch Thaten deutsche Ehre und deutsches Recht voll und ungeschmälert einzulösen!

Neben dieser größten Angelegenheit sind es ernste Aufgaben im Innern, die uns erwarten. Lebhaft wünschen auch wir, daß es uns gelingen möge, die begonnene Arbeit der innern Reformen erfolgreich fortzusetzen, und wir sehen darum zunächst den verheißenen Vorlagen zur Einführung der neuen Organisation in der Rechtspflege und in der Verwaltung mit Genugthuung entgegen. Verbesserungen auf diesen Gebieten sind der Opfer wohl werth, und ein intelligentes Volk wird bereitwillig auch die erhöhten Ausgaben tragen, die für solche Zwecke erfordert werden. Um so erwünschter wird das Land die Zusicherung vernehmen, daß der befriedigende Zustand unserer Finanzen bei weiser Sparsamkeit die Aussicht gewährt, jene hochwichtigen Umgestaltungen ohne Steuererhöhung durchzuführen.

Auch wir fühlen, daß das Gedeihen unseres Wohlstandes zum guten Theil bedingt ist durch die Fortdauer des deutschen Zollvereins, dessen Auflösung eine Katastrophe für Deutschland wäre. Das einseitige und leidenschaftliche Bemühen der großherzoglichen Regierung, ihn zu erhalten, war darum jeder Zeit der Zustimmung des badischen Volks verächtlich. Mit um so größerer Freude heißen wir die Aussicht willkommen, den Zollverein auf Grund einer lange verzögerten Tarifreform und erleichteter Verkehrsbeziehungen erhalten zu sehen.

Von den innern Aufgaben dieses Landtags wird aber keine gewichtiger sein, als die veränderte Gesetzgebung über die Volksschulen. Seit geraumer Zeit als wünschenswerth erkannt, ist sie durch die Gesetze vom Oktober 1860 zu einer unabweisbaren Nothwendigkeit geworden. Wir werden die angekündigte Vorlage mit allem dem Ernste und der Umsicht prüfen, welche dieser Gegenstand gebietet; in dem Maße, als jedem berechtigten Elemente, der religiösen Erziehung wie dem gesteigerten Bedürfnis der Volksbildung das zukommt, was ihm gebührt, wird auch allerwärts die richtige Erkenntnis über die zu Tage getretenen Entstellungen und über irrige Ansichten siegen, von denen wir hoffen wollen, daß sie nur aus Mißverständnissen entspringen sind.

So bereitwillig wir mit Ew. Königlichen Hoheit anerkennen, wie sehr Ihre Regierung durch das bereits Begonnene in Anspruch genommen ist, so lebhaft wünschen wir doch, daß der in hochherziger Gesinnung unternommene Ausbau der verfassungsmäßigen Rechtszustände unseres Landes nicht unterbrochen werde. Was in dieser Richtung uns vorgelegt werden wird, um das Verfassungsrecht zu ergänzen, die Verantwortlichkeit der Regierung, die Gesetzgebung über die Presse und die Vereine und die freie Entwicklung des Gemeindelebens zu regeln, das wird uns willkommen sein und jeder Zeit, auch inmitten der umfassenden übrigen Arbeiten, uns zur Mitwirkung bereit finden. Je kräftiger und unverdrossener in dieser Richtung fortgeschritten wird, desto mehr ist auch zu hoffen, daß alle Organe von demselben freisinnigen und verfassungsmäßigen Geiste durchdrungen sein werden, welcher die Regierung befiehlt.

Die angekündigten Vorlagen zur Erlebung wichtiger Fragen des Verkehrs werden wir gewissenhaft prüfen und gern nach Kräften dazu beitragen, daß alle Theile des Landes an den großen Segnungen der neuen Verkehrsmittel Antheil nehmen.

Wohl verheßen wir uns nicht, daß Ereignisse drohen, welche diese friedlichen Arbeiten hemmen und die Vollenzung unserer innern Reformen auf's neue verzögern könnten; indessen, so beklagenswerth solch ein Aufschub wäre, wir wissen, daß es höhere Pflichten gibt, deren Erfüllung das gemeinsame Vaterland von uns erwartet. Keine innere Sorge darf so schwer wiegen, um diesem höchsten Gebot sich zu verlagern; kein Opfer zu groß sein, das wir nicht dem Ganzen bereitwillig brächten.

Ew. Königlichen Hoheit erhabenes Vorbild soll uns heben und begeistern, die treue Eintracht zwischen Fürst und Volk sich in ernster Zeit als ein heiliges Gut bewahren! Drum, wie auch die Entscheidung falle, wie groß und dauernd die geforderten Opfer sein mögen — daß Baden seine Schuldigkeit thue, darf Deutschland mit Zuversicht erwarten.

Da in der allgemeinen Diskussion Niemand das Wort ergreift, wird die Berathung der einzelnen Absätze der Adresse eröffnet. Wir beschränken uns für heute auf eine kurze Skizze. Der Eingang wird ohne Diskussion angenommen.

Bei dem Passus über die deutsche Reformfrage ergreift zunächst Abg. Preßinari das Wort, um die Gründe darzulegen, aus denen er von seinem Standpunkt aus der Adresse zustimme. Daß die große Regierung dem Reformvorschlag, nachdem Preußens beklagenswerther Nichtbeitritt ausgesprochen, nicht beigetreten, sollte man von großbedeutendem Standpunkt aus nicht bedauern, die vermittelnde Stellung Badens vielmehr billigen.

Abg. Paravicini will im Namen seines schlichten Landbezirks es aussprechen, daß nicht bloß die höhern Kreise, sondern auch das Landvolk die Bedeutung der Frage erkannt hat, und daß es dem edlen Fürsten und der Regierung für deren patriotische Haltung auf dem Fürstentag warmen Dank zollt.

Abg. Kirsner schließt sich dem Dank an. Auf die Resultatlosigkeit der Reformakte, die weder Freiheit, noch Einheit, noch Nachsicht gewährt, hinweisend, spricht Redner die Erwartung aus, daß die deutschen Großmächte sich nicht bloß in gegen die Rechte des Volks gerichteten Bestrebungen, einigen möchten zur äußern Nachsicht

Deutschlands, die jetzt vor Allem noch thue, und der naturgemäß auch die innere freie Entwicklung folgen werde.

Abg. Lamery (Hörzeim) schließt sich ebenfalls dem Danke von ganzem Herzen an.

Abg. Weder ist in langer Rede seinen Standpunkt auseinandersetzt, erklärt sich zwar mit den Worten der Adresse einverstanden, fürchtet aber, daß, da der Berichtsteller ausgesprochen Kleindeutscher, die Adresse in diesem Sinne ausgelegt werden solle.

Er selbst, erklärt Redner, sei früher ein eifriges Mitglied der Kleindeutschen Partei gewesen; als ihn Zweifel und Bedenken beschlichen, habe er sie einem scharfsinnigen Denker und Politiker des östern gelagert und sich Rathes erholte. Der sei ihm auch geworden. Die Reformakte kam: eine That nach vielen Worten, und seit dieser Zeit, seit Oesterreich sein Wort verpönt, halte er das Kleindeutsche Programm für unausführbar, hofft jedoch, daß die jetzt vorhandene Einigkeit im deutschen Volke fortbauern werde. Die Stellung Badens hätte Redner gern anders, präzisier gewünscht.

Abg. Fingado spricht seine Uebereinstimmung mit dem in der Adresse ausgedrückten Danke aus.

Abg. Molli wendet sich gegen die Auslassungen Weder's, dem Nichts die Berechtigung gebe, in die Adresse etwas hinein zu interpretiren, was nicht darin liegt, der selbst am wenigsten dazu beitrage, den Parteistandpunkt vergessen zu machen. Auf die nationalen Bestrebungen Deutschlands übergehend, betont Redner, daß die Reformakte auch wieder Zeugnis ablegte von dem berechtigten Reformbedürfnis der Nation.

Abg. Knieß drückt sein Ersauern über die historischen und politischen Ausführungen Weder's aus, dessen Aufforderung, den Partei- standpunkt nicht zu sehr hervortreten zu lassen, ihn an die Fabel vom Wolf und Lamm erinnere. Redner bespricht nun die Haltung der Regierung auf dem Fürstentag, sie war möglichst vermittelnd und durch- aus korrekt; und die Beharrlichkeit, mit der die große Regierung von dem Reformprojekt zu retten suchte, was zu retten war, verdient unsere Bewunderung.

Abg. Schaff dankt der Regierung ebenfalls dafür, daß sie, wie erst neuerdings durch die Erklärung in der Ersten Kammer recht voll- ständig bekannt geworden, zu Frankfurt im schönsten Sinne des Wortes vermittelnd aufgetreten sei.

Abg. Schenbach schließt sich dem Danke an und wendet sich dann gegen die Auslassungen des Abg. Weder.

Der Präsident des Ministeriums des großh. Hauses und des Auswärtigen, Hr. v. Roggenbach: Sowie die große Regierung jeder Ueberzeugung ohne Verklammerung Freiheit lasse, so könne sie auch nur eine auf freier Ueberzeugung ruhende Unterstützung ihrer Maßregeln wünschen.

Gegenüber Weder's Aeußerung, daß die Stellung der Regierung nicht präzis sei, erklärt Redner, daß die Regierung sich nicht einem bestimmten Parteiprogramm angeschlossen, aber der Frage gegenüber einen klaren Standpunkt habe, es ist die Frage für die Regierung eine politi- sche Frage, sie wird im gegebenen Zeitpunkt jeweils Alles thun, was zu thun ist. Diese vermittelnde Thätigkeit der Regierung beim Fürsten- tag werde, wie von dem ersten Redner, wohl auch von der ganzen Partei anerkannt werden.

Gegenüber den hochgepaukten Erwartungen, die man von der Fürsterversammlung hegte, muß darauf hingewiesen werden, daß auch sie den Schranken menschlicher Dinge unterlag; sie war gebunden an die vorhandenen Bausteine.

Für die große Regierung wird die deutsche Frage nicht eine offene sein, sie wird vielmehr jeder Zeit eine bestimmte Stellung den Ver- hältnissen gegenüber einnehmen und ihre Handlungen bemessen mit Rücksicht auf das Wohl Deutschlands und des eigenen Landes.

Nach einzelnen persönlichen Bemerkungen der Abgg. Preßinari, Weder, Knieß wird die Diskussion geschlossen und erhält das Schlus- wort Berichterstatter Hüßler, der zunächst bedauert, daß man Ange- sichts der allerbesten deutschen Frage so sehr in's Detail der Reformfrage sich eingelassen habe. Nach einer Würdigung des hoch- herzigen Auftretens unseres edlen Fürsten geht Redner zur kurzen Cha- rakterisirung der Reformakte über und begegnet sodann dem Abg. Weder, der der Erste sei, den die Reformakte vom Sautus zum Paulus ge- macht; nicht Jedem aber besitze diese glückliche Beweglichkeit, von einem in das andere Parteilager überzuspringen. Bis jetzt ist nichts ge- schehen von Oesterreich; keine That, aber nur Thaten sprechen. Auch für uns gibt's genug zu thun. Partei muß Jeder im rechten Sinn ergreifen, einer drohenden allgemeinen Gefahr gegenüber aber müssen Alle zusammenstehen.

Der erste Theil der Adresse wird hierauf einstimmig angenommen. Bei der nunmehr folgenden Schleswig-Holstein betreffenden Stelle spricht zunächst Abg. Allmann der Regierung für ihr muth- volles Auftreten den wärmsten Dank aus.

Abg. Pagenstecher weist darauf hin, daß die Schleswig-Holstein- nische Sache nicht allein Herzensangelegenheit des deutschen Volkes ist, sondern daß auch das Volk klar sieht in dieser Angelegenheit, während die deutschen Großmächte leider Bedenken über Bedenken haben, so daß man an der Ehelichkeit ihrer Versicherungen irre werden müsse. Wenn sie aber ihre Schuldigkeit nicht thun, dann wird die dritte deutsche Großmacht, das deutsche Volk, eintreten.

Abg. Gerwig weist einen geschichtlichen Rückblick auf diese Frage, auf die unverzeihliche Auslieferung der Herzogthümer an die Dänen im früheren Krieg, auf das jegige Verhalten des Bundes, dessen neuesten Beschluß, an dem sich leider auch die freien deutschen Städte beteiligten, er auf's tiefste beklagt.

Abg. Schaff weist auf die Nothwendigkeit militärischer Bildung der Jugend hin, indem er zugleich die Krämernangst der deutschen Freisäbde scharf tabelt.

Abg. Kirsner kann nicht glauben, daß sich das Unerhörte ereig- nen werde, daß die deutschen Regierungen eine, von der idealen Be- geisterung ganz Deutschlands getragene Sache, die gleichmäßig Fürsten- recht und Volkrecht für sich hat, aufgeben werden.

Ministerialpräsident v. Roggenbach: Gewisse Dinge sind so un- geheuer groß, daß sie nur mit Schweigen richtig gewürdigt werden. Auch jetzt ließe sich Alles in dem kurzen Satz ausdrücken: Wir müssen unsere Pflicht thun! Wir Alle sind überzeugt, daß bloße Worte ohne Thaten nichts mehr helfen.

Nur über einige Punkte will Redner sich erklären, um aufgelauchten Entstellungen gegenüberzutreten. So bezüglich einzelner Zweifel an dem Rechte der Herzogthümer und des Herzogs, Zweifel, die wie Sumpfpflanzen emporwachsen, je ungesunder der Zustand in dieser Frage wurde. Erst als es darauf ankam, mit sophistischen Gründen das Ungeheure zu rechtfertigen, kam man auf derartige Bedenken. Wichtig ist ferner, jetzt schon einem andern Einwand zu begegnen, der sich wie ein böser Traum, ein Schatten, von ferne zeigt: der Bund

werde gewissenhaft prüfen und seiner Zeit Dem das Recht geben, dem es gebührt. Dielem Verfahren des Bundes sieht ein Bedenken gegen- über: die Frage ist keine Frage des Zivilrechts, deren Lösung sich ver- tagen ließe; man muß vielmehr dieser Ansicht auf das äußerste ent- gegentreten, sie ist unpraktisch, um nicht zu sagen unredlich.

Eben so wenig darf man das klare Recht jetzt abhängig machen wollen von einer Abstimmung der holsteinischen Ständeversammlung, die unter dem Druck möglicher Weise gegen das Recht ausfallen könnte. Wir haben schon das klare Recht, wir brauchen es bloß zu verteidigen.

Unsere Aussichten in der Sache: Die zum Erbfeind unserer Nation gewordene Niedergeschlagenheit, wenn nicht der erste Anlauf gelingt, darf nicht Platz greifen, mit unserer eigenen Zuversicht wird auch die Sache selbst sich besser gestalten. Es beruht ja doch auch die Hoffnung auf der bekannten Zähigkeit und Ausdauer des schleswig-holsteinischen Volks, das sich, wenn das Land von den Exekutionstruppen besetzt ist, schon rückhaltlos aussprechen wird. Und schließlich muß man auch rechnen auf die Lächelheit, den Entschluß und die Ausdauer des Her- zogs Friedrich von Schleswig-Holstein, den Redner auf Grund persön- licher Bekanntschaft, als einen Mann schildert, zu dem sich die Herzogs- thümer und Deutschland Glück wünschen können.

Ebenlich vertraue man auf die deutschen Regierungen. Das Beneh- men der Freien Städte, namentlich Hamburgs, verdiente öffentlich ge- kennzeichnet zu werden, mit Ausnahme Bremens, das sich der Majori- tät nicht angeschlossen habe.

Die erste Grundlage aller Zuversicht sei aber das deutsche Volk, das von dieser Frage sich nicht trennen werde ohne das Bewußtsein der Pflichterfüllung. Es wird mit Schleswig-Holstein gut bestellt sein, denn anders wäre es mit der Selbstachtung Deutschlands vorbei.

Berichterstatter Hüßler bespricht in längerer warmer Rede nochmals das Thatsächliche, den Rechtspunkt, sodann die politische Seite der Frage, weist nach, daß das Bestreben, durch Einschließen der An- gelegenheit, durch Nachgiebigkeit den europäischen Frieden erhalten zu wol- len, ein eitles sei. Dänemark und die Herzogthümer können nicht länger zusammen bleiben; aus der Abneigung 1848 ist heute Haß geworden; es wird, auch wenn man die Herzogthümer wieder ausliefert, nie und nimmer Ruhe sein, bis das unnatürliche Band gelöst ist. Drum um des Rechts, um der Ehre und um des Friedens willen ist diese Frage uns an das Herz gewachsen. Die jüngsten Erklärungen der Kabinette von Berlin und Wien unterwirft Redner einer scharfen Kritik. Wer bürgt uns darnach dafür, daß nicht das frühere Spiel wiederholt, die deutsche Schande von 1851 und 1852 nicht erneuert wird? Wir können diese Tage wieder erleben, wenn wir nicht Alle, Alle wachsam sind. Aber wir wollen deshalb nicht muthlos sein, nicht warten, ehe der letzte Pfosten verloren ist. Die widersprechenden Regierungen werden sich hoffentlich der imposanten Einigkeit des Volks fügen, denn das heilige Feuer könnte sonst nach innen zum fressenden Gift werden. Wehe, wenn die Politik des Pessimismus und der Verzweiflung Platz greift! Wenn der Thron Friedrichs von Schleswig-Holstein zweifelhaft ist, dann wanken alle Throne. Man wird die Folgen erwägen, die daraus ent- stehen können, wenn ein Volk in seinen heiligen Wünschen bitter getäuscht wird. Die deutschen Fürsten werden nicht mitten im Sturm das Wort an sich herantreten lassen: Ihr habt die gute Sache ver- raten!

Wir hoffen noch; wenn aber alle Hoffnung trägt, dann werden wir freiwillig schließlich Alle einsehen, um wenigstens die Ehre zu retten. Jeder Einzelne hat jetzt seine Pflicht zu thun, als hinge Alles von ihm ab, seine volle Kraft bis auf's äußerste einzusetzen. Wir haben Alles zu versuchen, wenn dies mißlingt, haben wir nichts mehr zu versuchen!

Der Passus über Schleswig-Holstein wird hierauf einstimmig angenommen, ebenso ohne Diskussion der Schluß, und bei der End- abstimmung die Gesamtadresse, zu deren Ueberreichung das Bureau und die Abgg. Meyer und Poppen bestimmt werden.

Der inzwischen eingetretene Präsident des Kriegsministeriums, Generalleutnant Ludwig, legt hierauf in allerhöchstem Auftrag einen Befehl vor, wonach in Anbetracht der ersten Verhältnisse für den Fall einer Mobilmachung ein außerordentlicher Kredit von 2,300,000 fl. in Anspruch genommen wird. (Beifall.)

Schluß der Sitzung, der ein sehr zahlreiches Publikum auf den Galler- rien mit großer Theilnahme beobachtete, nach fünfständiger Dauer um 2 1/2 Uhr.

Baden.

X Karlsruhe, 12. Dez. Nach dem so eben ausgegebenen Adress- buch der Polytechnischen Schule stellt sich die Gesamtsfrequenz dieser Anstalt für das gegenwärtige Schuljahr auf 589 Besucher, von denen 259 Badener und 330 Nicht-Badener sind. Von deutschen Staa- ten sind Preußen mit 64, Bayern mit 25, Frankfurt mit 19, und Oesterreich mit 17 Angehörigen am stärksten vertreten; das Ausland handte 44 Russen, 14 Polen, 20 Schweizer, 10 Amerikaner, 8 Ungarn, 7 Holländer, 4 Schweden und Norweger, außerdem einzelne Represen- tanten der Donaufürstenthümer, Englands, Frankreichs, Italiens und des holländischen Ostindiens.

Beim Vergleich der diesjährigen Frequenz mit dem früheren Kurs ist zu bemerken, daß seit diesem Jahr die Hochschule und eine mathe- matische Klasse vom Polytechnikum, welches sich hiernach künftig be- stimmter als technische Hochschule charakterisirt, abgelöst und an die höhere Bürgerschule übergegangen sind. Hiernach ist die Schülerzahl dieser Klassen (mit 85) in Abrechnung zu bringen, und würde die in Vergleich zu ziehende Zahl des vorigen Jahres 625 sein, daher sich der diesjährige Ausfall auf 36 stellt. Wie wir vernehmen, liegt die Absicht vor, noch im Lauf dieses Schuljahres durch Errichtung einer land- wirtschaftlichen Hochschule einem langgefühlt bedürftigen Bedürf- nis zu tragen, wodurch zugleich der Frequenz der Anstalt ein weiterer sicherer Zugang in Aussicht steht.

Vermischte Nachrichten.

Kassel, 9. Dez. Nach der „Bett. Morgenztg.“ ist Hr. Dr. Friedrich Detter, schon seit dem 1. Nov. leidend, in den letzten Tagen so heftig erkrankt, daß er weder Redaktionsgeschäfte noch Privat- angelegenheiten zu besorgen im Stande ist.

Verantwortlicher Redakteur:

Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 13. Dez. 4. Quartal. 136. Abonnementsvor- stellung. Die Favoritin; große Oper mit Tänzen in 4 Akten, von Donizetti.

Dienstag 15. Dez. 4. Quartal. 137. Abonnementsvor- stellung. Minna von Barnhelm; Lustspiel in 4 Akten, von Lessing.

3.c.838. Nr. 931. Karlsruhe.
Diensterledigung.

Die Organistensstelle an der großh. Hofkirche dahier mit einem Einkommen bis zu 550 fl. ist in Erledigung gekommen.
Die Bewerber um dieselbe haben ihre Gesuche unter Vorlage von Zeugnissen über ihre Befähigung in der halben 3 Wochen bei der unterzeichneten Stelle einzubringen.
Karlsruhe, den 30. November 1863.
Großh. Oberhofmarschallamt.
v. Gemmingen.

3.c.922. Karlsruhe.
Bekanntmachung.

Nach Beschluß der Generalversammlung vom 30. November d. J. wird der Dividendschein Nr. 1 unserer Gesellschaftsaktien mit 25 fl. vom 15. d. M. an eingelöst.
Die Einlösung geschieht bei den Herren Bankiers der Gesellschaft
G. Müller & Cons. in Karlsruhe u. Baden.
Gebrüder Haas in Karlsruhe.
L. von Steiger & Comp. in Frankfurt a. M.
Karlsruhe, den 4. Dezember 1863.
Der Verwaltungsrath der Bad. Gesellschaft für Tabaks-Produktion u. Handel.

3.c.682. Karlsruhe.
Städtische Ersparnis-Kasse.

Nach §. 7 der Statuten der städtischen Ersparnis-Kasse muß jeder Einleger im Monat Dezember eines jeden Jahres sein Sparbüchlein der Leibhaus-Kommission übergeben, damit dasselbe mit dem Kapitalbuch verglichen und nöthigenfalls in Uebereinstimmung gebracht werden kann. Die Richtigkeit des Guthabens wird von der Leibhaus-Kommission durch Beirückung eines besondern Stempels im Kapitalbuch und Sparbuch bestätigt. Der Einleger, welcher die Uebergabe seines Sparbuchs unterläßt, hat, wenn seine Forderung im Kapitalbuche der Ersparnis-Kasse nicht eingetragen wäre, an diese keinerlei Ansprüche mehr zu machen.
Die im Dezember vorgelegten Sparbücher werden in dem darauf folgenden Monat, an den in den hiesigen öffentlichen Blättern bestimmt werdenden Tagen, gegen Rückgabe der darüber angefertigten Empfangsbescheinigungen, wieder verabsolgt.
Auf Grund dieser statutarischen Bestimmung werden deshalb sämtliche Einleger aufgefordert, am 14., 15. und 16. Dezember d. J., Nachmittags von 2-4 Uhr, ihre Sparbücher in dem Leibhausbureau gegen Empfangsbescheinigung abzugeben.
Diejenigen Mitglieder der Sparkasse, welche daher noch Einlagen oder Rückzahlungen zu machen wünschen, werden ersucht, dieselben längstens bis zum 14. Dezember d. J. zu bewerkstelligen, indem von diesem Tage an, bis auf weitere öffentliche Bekanntmachung hin, keine Sparkassengeschäfte mehr gemacht werden können.
Während des Schlusses der städtischen Ersparnis-Kasse können die Einleger jedoch gegen Rückgabe der ausgefertigten Empfangsbescheinigungen und gegen Verpfändung ihrer Sparbücher Darlehen von der Leibhaus-Kommission erhalten.
Die Dienstherrschaften werden gebeten, ihre Dienstboten von gegenwärtiger Bekanntmachung in Kenntniß zu setzen.
Karlsruhe, den 28. November 1863.
Leibhaus-Kommission.

3.d.7. Vorräthig in Karlsruhe in der Buchhandlung von Th. Ulrici, Lamnstraße Nr. 4:
Jugendchriften von M. Claudius.
1001 NACHT.
Siebente Aufl. 16. und 17. Tausend.
Mährchenschatz
aus
1001 NACHT.
Verlag von L. Knapp in Berlin. Jedes Buch kostet bei 288 Seiten mit 8 colorirten Bildern, brillantem Einband in Farbendruck, nur fl. 1.30 fr. Andere so schön ausgestattete Jugendchriften von gleichem Umfange kosten das Doppelte. Der bewährte Jugendchriftsteller M. Claudius hat es verstanden in seiner Bearbeitung dieser acht orientalischen Mährchenschriften die jugendlichen Phantasien anzuregen, ohne sie zu erlösen. Dabei hat er Alles, was das Original für die Jugend anstößig und gefährlich macht, auf's Strengste vermieden. Diese 1001 Nacht kann man daher der Jugend ohne Besorgniß in die Hand geben.

3.c.971. Bei F. A. CREDNER, k. k. Hof-Buch- und Kunsthandler in Prag, sind erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben, namentlich in der A. Gessner'schen Buchhandlung in Karlsruhe:
Heinrich v. Ortenburg, Krone und Schwert.
Biographische Skizzen der deutschen Fürsten
Rudolph von Anhalt — Ludwig von Baden* — Max Emanuel von Baiern** — Erich von Braunschweig — Josias von Coburg — F. W. von Oranien — Albrecht von Sachsen — Karl Alexander von Württemberg***
berühmt als Heerführer Oesterreichs.
gr. 8. geh. fl. 1.12 kr.
* Entsetzung Wiens von den Türken.
** Emericch Toköly. Wiedereroberung Ofens, Slavoniens und Syrmiens.
*** Einnahme von Belgrad. Eroberung Serbiens.

3.d.17. Karlsruhe.
Strachino di Milano.
Gdamer, Fromage de Brie, Neuchâtel (Bondons), Roquefort, Münster-Käs in Schachteln, Ghester, grüner Käse, feinstes Emmentaler, bester Rahm-Käs ist eingetroffen bei
Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant.

3.d.19. Karlsruhe. Frische Schellfische, Gabeljan, Turbot, Colles, Homards, Austern, Caviar,

По ВЫСОЧАЙШЕМУ Повелѣнію Россійская ИМПЕРАТОРСКАЯ Миссія при Баденскомъ Дворѣ объявляетъ, что проживающіе за границею уроженцы западныхъ Губерній Польскаго происхожденія обязаны возвратиться въ отечество къ сроку обозначенному въ выданныхъ имъ заграничныхъ паспортахъ; тѣ же изъ нихъ, срокъ паспортовъ которыхъ уже истекъ, должны немедленно прибыть въ Россію. Въ противномъ случаѣ на имущество тѣхъ изъ нихъ кои не возвратятся по вызову въ отечество, будетъ наложенъ секвестръ.
Karlsruhe, 25. Сентября 1863 г.
7. Октября

3.c.684. Karlsruhe.
Generalversammlung
des Vereins zur Rettung sittlich-verwahrloster Kinder im Großherzogthum.
Nach den Vereinsgesetzen §. 34 und 35 wird zur Erneuerung des Verwaltungsraths und zur Wahl der Direktionsmitglieder und ihrer Stellvertreter eine Generalversammlung auf **Montag den 14. Dezember d. J., Nachmittags 3 Uhr,** anberaumt, und werden dazu sämtliche verehelichte Vereinsmitglieder in das Lokal der Gesellschaft „Eintracht“ ergebenst eingeladen.
Karlsruhe, den 16. November 1863.
Direktion des Vereins.

Auf den Weihnachtstisch der Kinder!
Lampart's lebendiges Bilderbuch mit beweglichen Figuren.
Zur Belustigung für Kinder. Zweite verbesserte und vermehrte Auflage. Preis fl. 2.
Noch nie hat sich ein neues Bilderbuch bei Kindern so schnell beliebt gemacht, wie „unser lebendiges“. Der Absatz war daher ein so grosser, dass voriges Jahr schon vor Weihnachten kein Exemplar mehr zu haben war. Es zeichnet sich aber nicht nur durch die Originalität seiner Beweglichkeit, sondern auch durch künstlerische Zeichnung, brillantes und lebhaftes Colorit besonders aus. Den munteren Text lernen die Kinder spielend auswendig.
Vorräthig in der **G. Braun'schen Hofbuchhdlg. in Karlsruhe.**

Jugendchriften von Martin Claudius:
1001 NACHT. || **Mährchenschatz**
aus
1001 Nacht.
Neu erschienen.

7. AUFLAGE.
16tes und 17tes Tausend.
288 Seiten mit colorirten Bildern. Einband in orientalischem Styl.
Preis 25 Sgr. = 1 1/2 Guld. rhein.



Alter als ein Jahrtausend ist die 1001 Nacht, aber nie wird sie veralten, noch immer erfreut sich Jung und Alt an diesen phantasiereichen Mährchen, diesen echt orientalischen Dichtungen. Kein Jugendfreund wird aber das Werk in seiner ursprünglichen Gestalt der Jugend in die Hand geben, er wird es daher dem bewährten Jugendchriftsteller Claudius danken, dass er die 1001 Nacht der Jugend in einer Gestalt darbietet, die alles für sie Anstößige streng vermeidet, die die jugendliche Phantasie anregt ohne sie zu erlösen, die unter der Hülle des Mährchenhaften einen sittlich vorerlehnlichen Inhalt bietet.
Nach jahrelangen Bemühungen ist es der Verlagshandlung gelungen, jedes der beiden Mährchenbücher bei einem Umfange von fast 300 Seiten schön colorirten Bildern, reichem und solidem Einbande für nur 25 Sgr. (1/2 Gulden) dem Publikum darzubieten zu können; es sind dies die verhältnissmäßig billigsten deutschen Jugendchriften

Vorräthig in der A. Gessner'schen Buchhandlung in Karlsruhe. Z.d.1.

3.d.11. Karlsruhe.
Weihnachtsausstellungs-Eröffnung.
Heinrich Fellmeth
Großherzoglich Badischer und k. k. fürstlich Fürstbergischer Hoflieferant
empfehlen sein auf's Reichhaltigste ausgestattetes Chocolade- und Bonbonsmagazin, und laden zu dessen Besuche höflich ein.

3.d.8. Karlsruhe. Die Ankunft des Neuesten in
Porzellan-Serviceen, Waschtisch-Garnituren, Luxus-Gegenständen, Kinder-Serviceen
zeigt ergebenst an und bittet um geneigten Zuspruch
Chr. Roebig.

3.c.924. Karlsruhe.
Punsch - Syrop
von
Johann Adam Röder
in
Düsseldorf - Köln
allseitig als den feinsten anerkannt, empfiehlt
G. Reith, großh. Hoflieferant.

3.d.19. Karlsruhe. Frische Schellfische, Gabeljan, Turbot, Colles, Homards, Austern, Caviar,

ren mit aufopfernder Liebe und Thätigkeit die geistige wie physische Erziehung mehrerer Kinder leiten half, und zugleich der Hausfrau als Stütze zur Seite stand, sucht in einer Familie eine ähnliche Stellung. Das Nähere bei der Expedition dieses Bl.

Stellegefuhr.
3.c.986. Ein Mädchen im Alter von 19 Jahren, welches schon in einer größern Stadt in der Schweiz in einem Ellenwaarengeschäft servierte, vorzüglich nützlich und gute Zeugnisse aufweisen kann, sucht eine ähnliche Stelle. Der Eintritt könnte sogleich geschehen.
Wer? sagt die Expedition dieses Blattes.

3.d.26. Coburg.
Gesucht.
Eine auf Hemden-Einsätze geübte Mädchen-Näherin wird gegen gutes Honorar in eine Wäschfabrik zum 1. Januar zu engagiren gesucht. Gefällige Offerten werden unter der Chiffre E. S. Nr. 100 poste restante Coburg franco erbeten.

3.d.15. Frankenthal.
Commis-Stelle.
Ein angehender Commis, der sein Lehre in einem Feinengeschäfte bestanden und gute Zeugnisse besitzt, für eine Stelle bei
Mag. Loewe
in Frankenthal.

3.c.3. Baden-Baden.
Pferde- und Wagen-Verkauf.
Eine vierstgige, im besten Zustand erhaltene Dreifische mit Glasverbed, ein eleganter Phaeton, 3 vorzügliche Wagenpferde (1 Rapppferd, 2 Rappmählen), 2 Paar bestens erhaltene Pferdegeschirre, sind im Gallohaus zum Goldenen Kreuz in Baden-Baden aus freier Hand zu verkaufen.

3.c.881. Karlsruhe.
Gypsfiguren-Lager,
das reichhaltige, befindet sich Kasernenstraße Nr. 2 bei
August Meyerhuber,
Bildhauer und Gypsformateur.

3.d.18. Karlsruhe.
Thee.
grünen und schwarzen, in den beliebtesten Sorten in 1/2-Pfund-Paqueten, schön verpackt, empfiehlt
Ph. D. Meyer, großh. Hoflieferant.

3.c.904. Karlsruhe.
Cirque Himmé.
Ergebenste Anzeige.
Unterzeichnete beehrt sich hiermit anzuzeigen, daß an hiesigem Platze kein Kommissionsrath beauftragt ist, in irgend einer Sache in den Arrangements, die zum Cirque Himmé nöthig sind, zu wirken. Jede Bestellung, welche Natur sie sein mag, wird vom Unterzeichneten selbst gemacht, und ohne vorhergehenden Auftrag nichts abgeschlossen. Die Betreffenden werden dann ersucht, sofort nach geschickter Ablieferung ihrer Arbeit die Rechnungen vorzulegen. Hochachtungsvoll **Ferdinand Meyer,** Geschäftsführer des Cirque Himmé, wohnhaft im Gasthofe „zum Waldhorn“, Zimmer Nr. 14.

3.c.968. Baden-Baden. Es werden 2 schlesische, gut eingelebte Doppel-Ponies, im besten Alter, lebhaft, doch fromm, mit starken Knochen und gesund, zu kaufen gesucht. Nähere Nachricht ertheilt Thierarzt **Holler** in Baden-Baden.

3.d.22. Weil der Stadt.
Hämmel-Verkauf.
120 Stück fette Bastard-Hämmel
sucht zu verkaufen
Posthalter **Stok.**

3.d.24. Weil der Stadt.
Farren-Verkauf.
Einigen Original-Eimenthaler Farren zur Zucht, Rothschaf, Alter 1 Jahr, schon geformt, verkauft
Posthalter **Stok.**

3.d.589. Nr. 11,697. Konstant. (Diebstahl und Fahndung.) In einem hiesigen Gasthause wurde einem Handwerksburschen am 30. v. M. ein Berliner mit folgendem Inhalt entwendet: 1) Ein angelegener Sackpatelet von graubraunem Tuch mit 2 Seitentaschen, ohne Knöpfe und mit aufgestültem, schwarzem Orleansfutter; 2) eine Weste von gleichem Stoff, erst zugeschnitten, ohne Futter, bestehend aus 2 Brusttheilen und Kragen; 3) ein Paar fast noch neue Leberstube mit Gummizug; 4) zwei baumwollene Hemden, das eine mit A. K. roth gezeichnet und noch neu, das andere mit J. H. roth gezeichnet und schon getragen; 5) ein Paar grau- und weißfarbige Strammischuhe; 6) eine Reisetasche von Leder mit grünem Trageband und schon getragen; 7) 3 Handtücher von Baumwolle, mit J. H. gezeichnet, schon gebraucht; 8) 3 Schneidermesser, die eine ist etwa 1/2 Schuh lang und ganz neu, die andere etwas länger und schon gebraucht, die weitere ist kleiner und auch schon gebraucht; 9) ein schwarz in Papendosel gebundenes, neues Testament, wahrscheinlich Basler Ausgabe; 10) ein gelbbrochirtes Geschiedenbuch, in dem sich hinten ein schwarzes Bild mit mehreren Figuren befindet; 11) ein Paar halbvolle, graue, alte Hosen mit schwarzen Streifen, im Schritt mit schwarzem Tuch geflickt; 12) ein vierziges, grünblechernes Flintengeschütz mit Springbedel; 13) zwei Etüde weißes Kermelfutter mit schwarzen Streifen, etwa eine Elle haltend; 14) eine Biquemette mit weißem Grunde und kleinen grünen Würfeln und Schwal; 15) einige Mädchen schwarzer und weißer Faden und Seide. Der Berliner besicht aus einem rollenförmig zusammengelegten, grünen Wachsstück, welches letzteres auseinandergelegt 2 Ellen lang und 1/2 Ellen breit ist. Auf der inneren Seite dieses Wachsstückes ist Packtuch angehängt. Um den Berliner ist ein graues Trageband geschnitten. Wir bitten um Fahndung auf das Entwendete und den Thäter. Konstant, den 8. Dezember 1863. Großh. bad. Amtsgericht. Stein.
Mit zwei Beilagen.